

Statement zum Ausbildungsreport

(Es gilt das gesprochene Wort)

Nina Krüger, DGB-Bundesjugendsekretärin

20. August 2026

Statement zum Ausbildungsreport 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum mittlerweile zwanzigsten Mal hat die DGB-Jugend Auszubildende aus der gesamten Republik gefragt, wie sie die Qualität ihrer Ausbildung in den Betrieben, Dienststellen und Berufsschulen bewerten. Über 13.000 junge Menschen aus den 25 am häufigsten gewählten Ausbildungsberufen haben sich an der repräsentativen Umfrage beteiligt.

Der diesjährige Schwerpunkt des Ausbildungsreports ist die mentale Gesundheit von Auszubildenden. Die Ergebnisse zeigen: Viele Auszubildende erleben Belastungen im Ausbildungsalltag. Sie zeigen aber auch sehr deutlich, was Ausbildung stärkt und entlastet: gute Organisation, Ausbilder*innen vor Ort, Mitbestimmung und verlässliche Unterstützung.

Die Hälfte der Befragten gibt an, psychische Belastungen zu erleben (50,6%). Das ist ein deutliches Warnsignal. Denn mentale Gesundheit ist nicht nur eine individuelle Frage. Sie hängt eng damit zusammen, wie Ausbildung im Alltag gestaltet ist.

Abgefragt wurden im Report verschiedene Belastungen durch Arbeitsanforderungen und -bedingungen. Gut jeder fünfte Auszubildende nennt Leistungs- und Zeitdruck (20,9%). Fast genauso viele erleben Personal-mangel im Ausbildungsbetrieb als Belastung (19,6%) – etwa dann, wenn Anleitung fehlt oder Auszubildende Aufgaben übernehmen müssen, denen sie noch nicht gewachsen sind. Hinzu kommt Verantwortungsdruck, den ebenfalls fast jeder fünfte Auszubildende als belastend beschreibt (19,2%).

Diese Ergebnisse machen deutlich: Belastungen haben oft sehr konkrete Ursachen. Es geht um Arbeitsdruck, fehlende Anleitung, schlechte Planung oder Aufgaben, die nicht zum Ausbildungsziel passen. Auszubildende sind aber keine Lückenfüller für Personalengpässe. Sie sind im Betrieb, um einen Beruf zu erlernen.

Besonders deutlich wird der Zusammenhang bei der Betreuung. Sind Ausbilder*innen immer verfügbar, fühlen sich nur 8,5 Prozent der Auszubildenden stark belastet. Sind Ausbilder*innen selten oder nie erreichbar, steigt der Anteil auf 36 Prozent. Das zeigt: Gute fachliche Anleitung ist Kern guter Ausbildung und dafür sollte auch mehr Personal von dem Arbeitgeber bereitgestellt werden.

Der Report zeigt auch: Belastungen enden nicht an der Betriebs- oder Berufsschultür. Viele Auszubildende erleben zusätzlichen Druck im Privatleben. Besonders häufig genannt werden die finanzielle- (49,9%) und die Wohnsituation (35%).

Knapp zwei Drittel der Befragten geben an, von ihrer Ausbildungsvergütung nicht gut selbstständig leben zu können (65,3%). Fast ein Drittel ist auf zusätzliche finanzielle Unterstützung der Eltern angewiesen (30,8%), etwa jede*r Achte geht neben der Ausbildung einem Nebenjob nach (12,6%).

Das ist für uns ein wichtiger Punkt. Ausbildung soll jungen Menschen einen eigenständigen Start ins Berufsleben ermöglichen. Wer eine Ausbildung beginnt, braucht eine Vergütung, die zum Leben reicht,

bezahlbaren Wohnraum und gute Mobilität. Finanzielle Hürden dürfen nicht darüber entscheiden, ob junge Menschen ihren Wunschberuf erlernen können.

Deshalb brauchen wir höhere Ausbildungsvergütungen und stärkere Tarifbindung. Die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung ist wichtig, reicht aber angesichts steigender Mieten und Lebenshaltungskosten für viele Auszubildende nicht aus. Gute Tarifverträge sorgen hier für bessere Bedingungen und mehr Sicherheit.

Gleichzeitig muss deutlich mehr bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende entstehen. Hier steht insbesondere die Politik in der Verantwortung, den Bau und die Förderung von Azubiwohnheimen voranzutreiben. Noch immer gibt es erheblich weniger Wohnangebote für Auszubildende als für Studierende – obwohl sie auf dem angespannten Wohnungsmarkt vor vergleichbaren Problemen stehen. Bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zu schaffen, muss deshalb zu einer festen politischen Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz aller Handlungsbedarfe zeigt der Report auch in diesem Jahr: Die Mehrheit der Auszubildenden bewertet ihre Ausbildung positiv. 65,7 Prozent der Befragten sind mit ihrer Ausbildung zufrieden oder sehr zufrieden. Die duale Ausbildung ist eine richtige Entscheidung und bleibt ein zentraler Weg in ein selbstbestimmtes Berufsleben.

Dennoch ist dieser Wert der niedrigste seit Beginn der Erhebungen. Dieses Signal müssen wir ernst nehmen.

Besonders deutlich wird das beim Blick auf die betriebliche Interessenvertretung. In Betrieben mit Jugend- und Auszubildendenvertretung, Betriebs- oder Personalrat sind 75,7 Prozent der Auszubildenden zufrieden oder sehr zufrieden. Ohne Interessenvertretung sind es nur 56,5 Prozent. Auch bei der Weiterempfehlung zeigt sich der Unterschied: In Betrieben mit Jugend- und Auszubildendenvertretung können sich über 70 Prozent (72,1%) vorstellen, ihren Ausbildungsbetrieb weiterzuempfehlen; ohne Interessenvertretung ist es noch nicht einmal die Hälfte (44,2%).

Das hat einen Grund. Betriebe mit Mitbestimmung schneiden besser ab: Probleme werden früher erkannt, Rechte konsequenter eingefordert, Ausbildungsqualität wird aktiv mitgestaltet. Das gilt besonders für die mentale Gesundheit. Auszubildende müssen wissen: Ich bin nicht allein. Dafür braucht es verlässliche Ansprechpersonen im Betrieb – und Interessenvertretungen, die dafür sorgen, dass gute Ausbildung nicht vom Zufall abhängt.

Dazu gehört auch, dass Überstunden in der Ausbildung nicht zur Normalität werden dürfen. Ausbildung ist Lernzeit – sie ist nicht dafür da, Personalengpässe auszugleichen. Trotzdem leistet mehr als ein Drittel der Auszubildenden regelmäßig Überstunden (35,4%). Unter den Köchinnen und Köchen sind es sogar mehr als die Hälfte der Auszubildenden (52,4%). Auch ausbildungsfremde Tätigkeiten bleiben ein Problem: 16,3 Prozent der Auszubildenden müssen immer oder

häufig Aufgaben erledigen, die eindeutig nicht zu ihrer Ausbildung gehören. Damit liegt der Anteil sechs Prozentpunkte höher als noch vor zehn Jahren (10,3%).

Für die Betroffenen heißt das: Es fehlt Zeit für die eigentlichen Ausbildungsinhalte. Das schwächt die Qualität der Ausbildung und kann den erfolgreichen Abschluss gefährden. Das wissen wir auch aus den Erfahrungsberichten bei unserem Beratungsportal „Dr. Azubi“.

Eine Auszubildende im Friseurhandwerk berichtete uns zum Beispiel, dass sie mehrere Wochen lang als Urlaubsvertretung die Arbeit der Reinigungskraft übernehmen sollte – jeden Samstag zusätzlich drei Stunden bis 20 Uhr. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Dabei ist die Rechtslage eindeutig: Ausbildungsfremde Tätigkeiten sind nach § 14 Berufsbildungsgesetz verboten.

Auch bei den Zukunftsperspektiven braucht es mehr Verlässlichkeit. Mehr als ein Drittel der Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr weiß kurz vor dem Abschluss immer noch nicht, ob sie übernommen werden (37,1%). Knapp 15 Prozent (14,1%) wissen sogar bereits, dass sie nicht übernommen werden – Ein Anstieg von über fünf Prozentpunkten (5,5%) zum Vorjahr.

Dabei sollte Ausbildung genau das Gegenteil sein: ein verlässlicher Einstieg in eine sichere berufliche Zukunft.

Starke Tarifverträge können hier einen wichtigen Unterschied machen. Sie sichern bessere Ausbildungsvergütungen, regeln Arbeitszeiten und schaffen dort, wo Übernahmefragen vereinbart sind, eben mehr Verlässlichkeit. Deshalb sagen wir jungen Menschen: Achtet bei der Wahl eures Ausbildungsbetriebs darauf, was euch angeboten wird. Gibt es einen Tarifvertrag? Gibt es eine Jugend- und Auszubildendenvertretung oder einen Betriebsrat? Gibt es klare Perspektiven?

Für die DGB-Jugend folgen daraus diese zentralen Forderungen:

→ Wir brauchen **verbindliche Fort- und Weiterbildungen zu mentaler Gesundheit für Ausbildungspersonal und Berufsschullehrkräfte**. Wer junge Menschen ausbildet oder unterrichtet, muss Belastungen erkennen und wissen, wo Unterstützung möglich ist.

→Zugleich muss die **Mindestausbildungsvergütung deutlich angehoben werden** – auf mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung über alle Branchen hinweg. Das wären in diesem Jahr 894 Euro im ersten Ausbildungsjahr.

→ **Azubiwohnheime mit sozialpädagogischer Begleitung** müssen bundesweit ausgebaut werden– um bezahlbaren und mitbestimmten Wohnraum zu schaffen.

→Und – letzter Punkt – **Ausbildung braucht verlässliche Perspektiven**. Deshalb fordern wir die **unbefristete Übernahme aller Auszubildenden** nach

erfolgreichem Abschluss – Junge Menschen brauchen nach ihrer Ausbildung Sicherheit und eine verlässliche berufliche Zukunft.

Unser Appell ist klar: Wer junge Menschen ausbildet, muss ihnen gute Bedingungen bieten. Ausbildung braucht Zeit, Personal und Wertschätzung.

Die duale Berufsausbildung ist und bleibt ein Erfolgsmodell. Aber wir müssen sie stärken: mit guter Betreuung, fairen Bedingungen und einer starken Mitbestimmung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.